

- „Friedrich Wolf“
Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"
- 4.4. Öffentlicher Betrauungsakt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die zu gründende Greifswald Marketing GmbH
Dez. I, Amt 20
- 4.5. Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88
– Heinrich-Heine-Straße -
Dez. II, Amt 23
- 4.6. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet
Dez. II, Amt 23
- 4.7. Außerplanmäßige Aufwendungen zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Förderung junger Familien beim Kauf eines Grundstückes
Dez. II, Amt 23
- 4.8. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße –, Änderungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 4.9. Neubau Wohnanlage, A11-Quartier,
Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße
Dez. II, Amt 60
- 4.10. Vereinbarung über eine gemeinsame Trägerschaft des Jugendfreizeitentrums „TAKT“ mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald
Dez. II, Amt 40
- 4.11. Bürgerhaushalt
SPD-Fraktion
- 4.12. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 4.13. Verhandlungsstand zum Staatstheater Nordost und Einbeziehung der Bürgerschaft UHGW
Milos Rodatos
5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
7. Mitteilungen der Präsidentin
8. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. König eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden; darunter die stimmberechtigten Mitglieder des Hauptausschusses.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf und schlägt vor, die Tischvorlage von Herrn Dr. Rose „Grundhafter Ausbau Pappelallee im Abschnitt Stadtpark“ unter TOP 4.14 einzuordnen.

Herr Hochheim

. erklärt, dass man sich im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung darauf verständigt habe, dass die Bearbeitung des Kriterienkataloges nicht dringend wäre und man sie verschieben könnte. Somit haben die Fraktionen die Möglichkeit, Änderungsbedarf an das Immobilienverwaltungsamt (Amt 23) zu übermitteln.

. schlägt vor, die TOPs 4.6 „Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet“ und 4.12 „Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet“ in den nächsten Sitzungszyklus zu verschieben.

Herr Multhauf

. beantragt nach TOP 3 einen TOP „Kontrolle der Beschlüsse und Festlegungen des Hauptausschusses“ einzufügen.

Der Oberbürgermeister

. weist Herrn Multhauf darauf hin, dass nach § 7 (Sitzungsablauf) der Geschäftsordnung die Beschlusskontrolle nur für Ortsteilvertretungen und Fachausschüsse gelte. Der Hauptausschuss ist ein übergreifender Ausschuss.
. lässt über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	

Herr Dr. Kerath

. erklärt, dass im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen eine andere Verfahrensweise zur Vorlage „Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet“ Konsens gewesen sei. Die Vorlage sollte gänzlich zurückgezogen werden. Für die verbliebenen Grundstücke sollte der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen selbst die Kriterien für die jeweiligen Ausschreibungen festlegen, sodass man keinen Beschluss über einen neuen Kriterienkatalog fassen müsse.

Herr Kremer

. erklärt, dass er die Vorlage unter der Maßgabe sich erst mit Herrn Hochheim abstimmen zu wollen, zurückgezogen hat. Sie seien zu dem Ergebnis gekommen, die Vorlage aufrechtzuerhalten, da es bei jedem Verkaufsfall Diskussionen zu sozialen Kriterien und Mietoberpreisgrenzen geben werde.

Herr Mundt

. sagt, dass man im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen davon ausgegangen sei, dass es sich nur noch um vier oder fünf Objekte handle. Falls es bei diesen Objekten Sonderfälle geben sollte, könne man einzelne Änderungen mit dem jetzigen Kriterienkatalog vornehmen. So hätte man sich

erspart, einen neuen Kriterienkatalog zu erarbeiten.

Herr Hochheim

. macht darauf aufmerksam, dass die Ausschreibungen immer unter Hinweis auf den Kriterienkatalog erfolgen.

Frau Socher

. erklärt, dass man sich überlegt habe, dass bevor ausgeschrieben werde, der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen entscheiden könne, ob die Kriterien ausreichen oder ob noch das ein oder andere ergänzt werden solle.

Herr Dr. Kasbohm

. weist darauf hin, dass die Ausschreibungen nicht nur dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen vorgelegt werden sollte.

Herr Hochheim

. fasst die gewünschte Vorgehensweise zusammen: Für die verbliebenen Grundstücke solle eine Ausschreibung erarbeitet werden. Diese werde dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und z. B. dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung vorgelegt, welche bestätigen, ob unter diesen Kriterien ausgeschrieben werden könne.
. plädiert dafür.

Herr Dr. Meyer

. bittet, dass der bereits erarbeitete Änderungsantrag (TOP 4.12) bei dieser Vorgehensweise ebenfalls berücksichtigt werde.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dies in den Fachausschüssen erneut zu beraten und lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	1	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.05.2015

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. König lässt über die Niederschrift vom 11.05.2015 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	10	0	3

TOP 4. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 4.1. Nachtragswirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Hanse-Kinder" und Änderung der Eigenbetriebssatzung

06/365

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm

. fragt, auf welchem Stand die Kalkulierung der Abschreibungen der Gebäude beruhe.

Herr Wille

. erklärt, dass es sich hierbei um die Werte aus dem Wirtschaftsplan handele, der im Dezember mit der Gründung des Eigenbetriebes beschlossen wurde. Diese Abschreibungswerte würden auf den fortgeschriebenen Eröffnungsbilanzwerten basieren. Sie unterscheiden sich zu den Planungen im Vorjahr. In den vergangenen Jahren sei immer auf die Wiederbeschaffungszeitwerte abgeschrieben worden. Nun handele es sich hierbei aber, um die fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die Kalkulation, die für den Vergleich vorgelegen habe, basierte zum Teil auf Neuerrichtungen, die in dieser Kalkulation nicht berücksichtigt wurden. Die Bestandsgebäude sind im Vergleich aber so, wie sie im Wirtschaftsplan abgebildet seien.

Herr Dr. Kasbohm

. weist darauf hin, dass in der Anlage unter Punkt 3 „Investitionen und Modernisierungen“ im vierten Absatz bei folgendem Satz ein „T“ für tausend fehlt: „Für jeden Neubau wird mit einem Investitionsvolumen von max. 1.500 T€ geplant,...“

. geht auf die Abschreibungsdauer von 33 Jahren im gleichen Absatz ein. Beim oben genannten Vergleich seien jedoch laut Gesetz 80 Jahre als Abschreibungsdauer angerechnet worden.

. fragt, ob es korrekt sei, dass man mit 33 Jahren Abschreibungsdauer rechnen dürfe.

Herr Wille

. ist der Auffassung, dass bereits im Vergleich die Abschreibung mit 33 Jahren angesetzt worden sei, welche auch für die Gebührenkalkulation gelte. Für Neubauten betrage die Abschreibungsdauer 33 Jahre und für die Bestandsbauten 80 Jahre.

Herr Dr. Kasbohm

. fragt zu Punkt 4 („Finanzplan“) in der Anlage, ob es überall so festgelegt sei, dass Kassengeschäfte immer durch die Stadtkasse zu erledigen seien.

Herr Wille

. erklärt, dass die Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern besage, dass die Kassen der Sondervermögen mit der Hauptkasse verbunden werden sollen. Das bedeute, dass es eine Ausnahme sei, wenn Kassengeschäfte von anderen geführt werden würden. Wenn das Hauptgeschäft ordentlich laufe, werde untersucht, ob Änderungen Sinn machen würden.

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass die Kreditaufnahme für den Eigenbetrieb Abwasserwerk pro Jahr an laufenden Krediten beschränkt sei.

. fragt, woher diese Beschränkung stamme.

Herr Wille

. antwortet, dass die Beschränkung aus der vorgeschriebenen Eigenkapitalquote resultiere.

Frau Teetz

. ergänzt, dass Kredite der Eigenbetriebe, ebenso wie die Kredite im Haushalt, der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde bedürfen. Sie würden sich immer danach richten, ob es leistbar sei, dass die entsprechenden Tilgungen im Wirtschaftsplan dargestellt werden können. Dahingehend gebe es dann eine Kreditgenehmigung. Auch fürs Abwasserwerk gebe es keine Grenze.

Herr Multhauf

- . erklärt, dass in der Anlage auf Seite 1 vermerkt sei, dass die Satzung des Eigenbetriebes noch nicht veröffentlicht worden sei. Gegenwärtig laufe das Anzeigeverfahren.
- . fragt nach dem derzeitigen Stand.

Frau Teetz

- . bestätigt, dass das Verfahren derzeit noch laufe. Ein wesentlicher Bestandteil, damit die Rechtsaufsicht wieder in die Prüfung einsteige, sei gewesen, dass über die Zuordnung der Immobilien ein Beschluss gefasst werde. Der ausgefertigte Beschluss werde dem Ministerium für Inneres und Sport nun übermittelt und gleichzeitig beantrage man, dass die Prüfung des Anzeigeverfahrens wieder aufgenommen werde.

Herr Multhauf

- . bezieht sich auf den Punkt 2 „Erfolgsplan“. Unter „Aufwendungen“, „Personalaufwendungen“, im ersten Absatz stehe: „Tarifsteigerungen sind wie im kommunalen Haushalt berücksichtigt.“. Die Erzieherinnen würden nun eine Tarifsteigerung erhalten.
- . fragt, was das ausmache und ob nun nicht etwas verändert werden müsse.

Herr Lerm

- . geht darauf ein und erklärt, dass der Tarifabschluss noch nicht vollzogen worden sei. Man könne keine Erwartungswerte in den Nachtragswirtschaftsplan einpflegen. Vor September brauche man keine Entscheidung erwarten. Man könne es erst einfügen, wenn der Tarifabschluss bekannt sei.

Herr Dr. Kerath

- . zitiert aus der Anlage Punkt 2 „Erfolgsplan“ bei den Erträgen: „Einnahmen aus Mieten und Bewirtschaftungskosten für Fremdnutzern in den Kitas (Diese Position muss noch angepasst werden, da derzeit die Fremdnutzer teilweise eine subventionierte Miete zahlen.)“.
- . im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sei diskutiert worden, dass dies aus dem allgemeinen Haushalt abzudecken sei.
- . fragt, ob es bis zur Bürgerschaft korrigiert werde oder ob ein Änderungsantrag eingereicht werden müsse.

Frau Teetz

- . antwortet, dass die Auflistung bis zur Bürgerschaft vorliegen soll.

Herr Wille

- . erwidert, dass der Wirtschaftsplan auch so beschlossen werden könne, da es sich hierbei nur um eine Frage der Transparenz handele.
- . sagt, dass
 - die Frage sei, inwieweit neue Beschlüsse über die Subventionierung zu fassen seien. Es müsse erst geprüft werden, ob damals die Mietverträge auf Grundlage von Beschlüssen zustande gekommen seien.
 - die Erträge erst einmal zum Eigenbetrieb gehören. Die Frage sei, ob aus dem Kernhaushalt ein Zuschuss gewährt werde. Dieser Zuschuss mindere in gleicher Höhe den Zuschuss, der sowieso dem Eigenbetrieb zum Verlustausgleich von der Stadt geleistet werde.
 - dieses Thema noch einmal besprochen werden müsste.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die

Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen 12	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 1
-----------------------------------	------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.2. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Prüfung von Ermäßigungsansprüchen für die Kindertagesstätten in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
06/347

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen 13	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
-----------------------------------	------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.3. Annahme von einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“ und „Friedrich Wolf“
06/364
HA-51/15

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen 13	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.4. Öffentlicher Betrauungsakt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die zu gründende Greifswald Marketing GmbH
06/366

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

. schlägt vor, das Ereignis „200 Jahre schwedisch-preußisch“ von der Greifswald Marketing GmbH organisieren zu lassen.

Frau Socher

. fragt, ob es bei der Vorlage um einen Prüfungsakt gehe.

Herr Wille

. sagt, dass es darum ginge, dass die Stadtmarketing GmbH mit den Aufgaben betraut werde und bezuschusst werden dürfe.

Das Ergebnis der Prüfung der Stadtverwaltung sei gewesen, dass ein öffentlicher Zuschuss vorliege. Dieser sei jedoch unter der Grenze des Anzeigeverfahrens, welches bei der EU erforderlich sei. Für diese Werte müsse man zunächst einen Betrauungsakt vornehmen.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	13	0	0

**TOP 4.5. Verkauf von Wohnbauflächen im Bebauungsplangebiet Nr. 88
– Heinrich-Heine-Straße -**

06/339

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 4.6. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet

06/343

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen (siehe TOP 2).

TOP 4.7. Außerplanmäßige Aufwendungen zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Förderung junger Familien beim Kauf eines Grundstückes

06/346
HA-52/15

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. vertritt den Standpunkt, diese Beschlussvorlage in der Bürgerschaft zu beraten.

Der Oberbürgermeister lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	1	0

**TOP 4.8. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 91 – Einkaufszentrum Grimmer Straße
–, Änderungsbeschluss**

06/344

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	13	0	0

**TOP 4.9. Neubau Wohnanlage, A11-Quartier,
Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße**

06/353.1
HA-53/15

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

- . beantragt, die Beratungsfolge der Beschlussvorlage um die Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 zu erweitern.
- . fragt, warum es sich hierbei um einen Hauptausschussbeschluss handele.

Herr Kaiser

- . antwortet, dass es sich hierbei um ein Bauvorhaben mit Kosten von über 1 Million Euro handele. Es sei festgelegt worden, dass das städtebauliche Einvernehmen für Bauvorhaben in der Stadt über 1 Million Euro nicht mehr durch die Verwaltung, sondern durch den Hauptausschuss erfolge.

Herr Dr. Fassbinder

- . erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgrund der Höhe des Gebäudes der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Dr. Kerath

- . verdeutlicht, dass es mehrere Abweichungen von der Gestaltungssatzung gebe. Wenn man in diesem Umfang solche Abweichungen genehmige, beschließe man konkludent, dass man die Gestaltungssatzung außer Kraft setze.

Herr Kaiser

- . ergänzt, dass auch bereits bei anderen Bauvorhaben Abweichungen von der Gestaltungssatzung genehmigt worden seien.

Frau Socher

- . wirbt für diese Beschlussvorlage.

Herr Hochschild

- . stimmt Frau Socher zu.
- . ergänzt, dass es bei beinahe allen größeren Bauvorhaben zu Abweichungen gekommen sei.

Der Oberbürgermeister lässt über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	3	5	5

Herr Dr. König lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	7	3	3

TOP 4.10. Vereinbarung über eine gemeinsame Trägerschaft des Jugendfreizeitzentrums „TAKT“ mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald

06/349

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

- . bittet, solche Vorlagen zukünftig in den Ortsteilvertretungen zu behandeln.

Herr Mundt

- . erklärt, dass jährlich 53.500 Euro Mietzuschuss für dieses Objekt gewährt werden. Dieses Jahr sei zudem die Kreisumlage um 5 Millionen Euro erhöht

worden.

. fragt

- wie sich der Landkreis verhalte. Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sei gesagt worden, dass der Landkreis nicht zuständig sei. Durch die gezahlte Kreisumlage sei er jedoch zuständig.
- wieso das Verhandlungsergebnis so schlecht sei.

Herr Multhauf

. fragt, warum sich eventuelle Erträge mindernd auf den Zuschuss auswirken.

Frau Felkl

. antwortet, dass das Objekt auch beispielsweise an Privatpersonen vermietet werde und diese Erträge sollen im Haushalt sichtbar sein.

Es wird Jugend- und Sozialarbeit finanziert, welche eigentlich zum Aufgabengebiet des Landkreises gehöre. Allerdings sollte es im Interesse einer leistungsfähigen Gemeinde liegen, in dem Bereich eigene Aufgaben zu übernehmen. Das „Takt“ werde seit der Kreisgebietsreform dem Landkreis zur Verfügung gestellt, damit Jugendarbeit im Wohngebiet erfolgen könne. Vor der Vertragsschließung habe der Kreis prüfen lassen, ob die dort tätigen Sozialarbeiter nicht bei der Stadt angestellt bleiben müssten. Von seitens des Ministeriums für Inneres und Sport habe man geklärt, dass die Sozialarbeiter rechtmäßig auf den Kreis übergegangen seien.

. ergänzt, dass der Kreis dem Vertrag bereits zugestimmt habe.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
auf TO der BS gesetzt	11	0	2

TOP 4.11. Bürgerhaushalt

06/359 Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. König

. möchte von Herrn Dr. Kerath wissen, was er sich unter den in der Beschlussvorlage genannten Maßnahmen vorstelle. Es wäre hilfreich, Eckpunkte zu formulieren.

Herr Wille

. schildert, dass es derzeit von der Verwaltungskraft nicht möglich sei, zusätzliche Leistungen zu erbringen.

. spricht sich dafür aus, erst einmal in den gesetzlich vorgeschriebenen Takt der Haushaltsbearbeitung zu kommen.

Herr Dr. Kerath

. erklärt, dass er die Beschlussvorlage daher sehr zeitnah einbringe und es gebe zurzeit ein haushaltsfreies Jahr gebe. Bis zur Haushaltsaufstellung 2017 wolle man geklärt haben, wie man die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen könne.

Herr Dr. Kasbohm

. meint, dass ein Doppelhaushalt eigentlich entlasten sollte.

. empfiehlt eine modulartige Vorgehensweise.

Herr Multhauf

. würde sich freuen, wenn erst einmal eine verständliche Form des Haushaltes für die Mitglieder der Bürgerschaft geschaffen werden würde.

Frau Socher

. merkt an, dass die Fraktion DIE LINKE sich in einer Klausurtagung zum Bürgerhaushalt bereits sehr intensiv damit befasst habe.

. empfiehlt dies auch den Mitgliedern des Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen.

Der Oberbürgermeister lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis auf TO der BS gesetzt	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	0	0	0

TOP 4.12. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet

06/360

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen (siehe TOP 2).

TOP 4.13. Verhandlungsstand zum Staatstheater Nordost und Einbeziehung der Bürgerschaft UHGW

06/372

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. König erläutert, dass er mit Herrn Rodatos telefoniert und ihm vorgeschlagen habe, eine spiegelbildliche Unterausschussstruktur für die dort angedachten Ausschüsse (Kunst, Finanzen, Gesellschaftsrecht) zu bilden. Herr Rodatos wolle darüber nachdenken.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt.

TOP 4.14. Grundhafter Ausbau Pappelallee im Abschnitt Stadtpark

06/379

Der Oberbürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Tischvorlage wird auf die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 20.07.2015 gesetzt.

TOP 5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister macht zu folgenden Punkten Mitteilungen:

- 25. Jahrestag der Wiedervereinigung am 03.10.2015
 - o Es sei die Frage, ob die Stadt Greifswald diesen Tag festlich begehen möchte.
 - o Die Fraktionen können sich dazu äußern.
- Gründung Greifswald Marketing GmbH
 - o Mit Schreiben vom 24.06.2015 kam die Mitteilung des Ministeriums für Inneres und Sport, dass im Rahmen des Anzeigeverfahrens nach § 77 KV M-V keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht werden.
 - o Jedoch gebe es die Maßgabe einige Änderungen /Klarstellungen im Gesellschaftsvertrag hinsichtlich von Informations- und Prüfungsrechten vorzunehmen.

(Das Schreiben ist dem Protokoll beigelegt.)

- Erste Steuerungsgruppe des Staatstheaters Nordost habe getagt
 - o Sobald das Protokoll vorliege, werde es zur Verfügung gestellt.
 - o Das nächste Treffen soll voraussichtlich am 13.07.2015 stattfinden.
 - o Eine der Hauptforderungen bestehe darin, dass ein Externer die Veranstaltungen moderiere.
- Am Mittwoch und Donnerstag (08./09.07.2015) werde ein Treffen der Wirtschaftsfördereinrichtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern stattfinden.
- „200 Jahre Übergang von Schweden zu Preußen“
 - o Es bestehe Kontakt mit Stralsund (Herrn Dr. Badrow).
 - o In Stralsund werde eine Festwoche vom 19.10.-25.10.2015 stattfinden.
 - o Der Oberbürgermeister spricht sich gegen eine Parallelveranstaltung in Greifswald aus.
- Änderungen an der Philosophischen Fakultät
 - o Der Brief der Rektorin ist allen zugegangen.
 - o Herr Dr. König hält es für bedenklich, sich in die Angelegenheiten der Universität einzumischen.

Herr Hochheim

. informiert, dass in dieser Woche die folgenden vier großen Bauvorhaben fertig gestellt werden:

- Busbahnhof Süd
- Straße Am Mühlentor
- Westend (am Karl-Marx-Platz)
- Platz am Fangenturm

TOP 6. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Frau Socher

. geht auf die Veranstaltung „200 Jahre schwedisch-preußisch“ ein. Es gebe das Angebot, dass ein Chor eine Art Zapfenstreich zelebriert. Die Hansestadt Stralsund habe dieses Angebot bereits angenommen. Man könnte dies eventuell in die Veranstaltung im Pommerschen Landesmuseum einbinden.

. bittet dazu um Stellungnahme der Fraktionen.

. spricht das Thema Universität an. Es sei nicht gewollt, dass sich die Stadtverwaltung oder die Greifswalder Bürgerschaft in die inneren Angelegenheiten der Universität einmische.

. plädiert dafür, dass die Greifswalder Bürgerschaft und die Stadt Greifswald sich vor Schwerin dafür aussprechen, dass die Universität in den jetzigen Größenordnungen erhalten bleibe.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass ihm erklärt worden sei, dass die Umstrukturierung in der Philosophischen Fakultät keinen Einfluss auf die städtischen Kulturprojekte habe. Sobald es um eine reine Umstrukturierung ginge, stelle sich die Frage, inwieweit die Stadt Greifswald sich einmischen könne und solle.

Herr Dr. Kasbohm

. erinnert daran, die Hauptausschussbeschlüsse in der Bürgerschaft mitzuteilen.

Frau Socher

. habe gesehen, wie Herr Liskow im Landtag zum Thema „Universität“ sagte, dass noch Diskussionen erfolgen.

. fragt in welche Richtung die Diskussionen im Landtag laufen.

Herr Liskow

. informiert, dass es bei den Diskussionen um die Eckwertepapiere zur Hochschulentwicklung ginge. Daraus ergaben sich die Zielvereinbarungen mit den Universitäten. Dies bedeute nicht, dass es zusätzliches Geld gebe. Die Universität habe zurzeit wesentlich mehr Geld. Man habe sich einvernehmlich zwischen Universität und Hochschule zu den Eckwerten und zur Finanzierung geeinigt. Mehr Geld werde nicht zur Verfügung gestellt. Intern müsse die Universität überlegen, wie sie das Geld verteile. Darauf habe man keinen Einfluss.

Herr Multhauf

. macht einige Bemerkungen zum Greifswalder Stadtblatt.
. erklärt, dass das nächste Stadtblatt am 31.07.2015 erscheine, die Sitzung der Bürgerschaft aber schon am 20.07.2015 stattfinde. Das bedeute, dass die Tagesordnung in der OSTSEE-Zeitung veröffentlicht werden müsse.

Der Oberbürgermeister widerspricht dieser Aussage.

Herr Multhauf

. weist darauf hin, dass ein Protokoll innerhalb von 14 Tagen vorliegen solle und fragt nach der Ursache, weshalb das Protokoll der Bürgerschaft vom 08.06.2015 erst so spät zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Dr. König

. erklärt, dass ein hoher Arbeitsaufwand bestehe und nacheinander abgearbeitet werde.

Herr Multhauf

. spricht das Thema „Kaufhalle am Südring“ an.
Der neue Eigentümer warte auf die Genehmigung für eine Nutzungsänderung von der Stadt.
. fragt nach der Ursache, weshalb noch keine Genehmigung vorliege.
. möchte wissen, wo die Holzmodelle, die früher in der Ausstellung im Rathauskeller standen, seien.
. erkundigt sich nach der möglichen Partnerstadt Wyborg.

Herr Dr. König

. antwortet, dass er damals die Anfrage von der russischen Staatskanzlei erhalten habe. Diese habe er befürwortet, aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

Herr Multhauf

. fragt, weshalb die Reise nach Griechenland abgesagt worden ist.

Der Oberbürgermeister

. erklärt, dass diese Reise durch die Griechen abgesagt worden sei, aufgrund des Referendums, welches am Sonntag durchgeführt worden sei.

TOP 7. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher

. erinnert die Fraktionen daran, dass der Oberbürgermeister eine Bitte bezüglich des Bürgerentscheides am 06.09.2015 geäußert hat. Es bestünde die Möglichkeit die Wahlbezirke auf 29 zu reduzieren.
. fragt, ob es für notwendig gehalten werde, dass am 17.07.2015 eine Sitzung des erweiterten Präsidiums in Vorbereitung auf die Bürgerschaft stattfinden solle. An diesem Tag gebe es bereits einige Terminüberschneidungen.

. informiert über das Stattfinden der Christian-Müther-Gedächtnisfahrt und möchte wissen, ob jemand in Stellvertretung für den Oberbürgermeister und sich diesen Termin wahrnehmen kann.

TOP 8. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:20 Uhr.

für das Protokoll

gez. i.V. Jörg Hochheim

Dr. Arthur König
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlagen:

- Schreiben vom Ministerium für Inneres und Sport zur Anzeige gemäß § 77 KV M-V – Gründung der Greifswald Marketing GmbH
- Schreiben bezüglich der Information zur Gründung der Greifswald Marketing GmbH (GMG)